

BUCHBESPRECHUNGEN

Der inkompetente Staat

Rezension von: Schularick, Moritz
(2021). Der entzauberte Staat.
Was Deutschland aus der Pandemie
lernen muss. München, C.H. Beck.
140 Seiten. Taschenbuch. 14,40 EUR.
ISBN 978-3-406-77782-0.

Die Covid-Pandemie ist die Generalprobe für die kommenden Krisen, die sich vor allem in Zusammenhang mit der drängenden Klimakrise und der horrenden Ungleichheit bereits abzeichnen. Mit Rückgriff auf diese These des französischen Philosophen Bruno Latour nimmt der deutsche Ökonom Moritz Schularick eine erste Kritik der Handlungsfähigkeit des Staates in der aktuellen Gesundheits- und Wirtschaftskrise vor. Im Urteil Moritz Schularicks, der Professor an der Universität Bonn und einer der wichtigsten deutschsprachigen Makroökonom ist, ging die Generalprobe für die kommenden Krisen in Deutschland schief. „Es gab zwar nicht nur Schatten, aber eben auch nicht besonders viel Licht.“ Ihn interessiert vor allem das Wie und Warum sowie die Lehren aus den Versäumnissen. Uns interessieren zudem die Parallelen und Unterschiede zu Österreich.

Zunächst begann alles recht erfolgreich, zumindest in Deutschland und mit ein paar Einschränkungen auch in Österreich: Die erste Covid-Welle im Frühjahr 2020 wurde mit einem raschen Lockdown in gesundheitlicher Hinsicht relativ gut bewältigt. Schul-

arick betont insbesondere die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems und des Sozialstaats, der hier erneut eine seiner Sternstunden erlebte. Die in beiden Ländern erprobten und rasch an die neuen Herausforderungen angepassten Kurzarbeitsregeln retteten zahllose Arbeitsplätze. Dennoch war der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich zunächst fast drei Mal so stark wie in Deutschland, vor allem das Ergebnis eines dramatischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit im Tourismus. Gewohnt, zu Saisonende zu kündigen und die Arbeitskräfte bis zum nächsten Saisonstart vom Arbeitsmarktservice alimentieren zu lassen, setzten viele Betriebe des Beherbergungs- und Gaststättenwesens im März 2020 zehntausende Beschäftigte auf die Straße, statt die vorteilhafte Kurzarbeit in Anspruch zu nehmen und so einen Neuanfang für zeitgemäße Beschäftigungsformen mit längerfristigen Arbeitskontrakten, fairen Arbeitsbedingungen, Sicherheit für die Arbeitskräfte und adäquaten Löhnen zu setzen.

Auch im Sozialstaat zeigten sich punktuelle Defizite. Etwa im Fehlen einer Erwerbslosenversicherung oder von Kurzarbeitsregelungen für kleine Selbständige und Kulturschaffende, was wirtschaftliche Existenzen zerstörte, die Betroffenen auf schlecht organisierte Almosen angewiesen sein ließ und die Armutsgefährdung markant erhöhte.

Doch in der zweiten Covid-Welle im Herbst 2020 traten die Defizite noch viel deutlicher zutage, bereits die Vorbereitungen im Sommer wurden völlig

verschlafen. Etwa beim fehlenden Einbau von Entlüftungsanlagen in Klassenräumen, ein katastrophaler Fehler, der sich unverantwortlicher Weise im Sommer 2021 vor der vierten Covid-Welle wiederholt. In vielen Regionen wurde das Testen nicht ernstgenommen, Kontaktverfolgung und Quarantäneüberwachung blieben langsam und löchrig, und in der Impfstoffbeschaffung fehlte die ökonomische Expertise völlig. Vor allem bei den Impfstoffen geht Schularick mit der deutschen und europäischen Politik hart ins Gericht. Auch wir in Österreich können ein Lied davon singen. Die Staaten sahen sich primär als Kunden, die möglichst niedrige Preise auszuhandeln suchten, statt als Partner der Industrie, denen es um raschen Ausbau der Produktionskapazitäten und die Bewältigung des immanenten Marktversagens in der Impfstoffentwicklung, -produktion und -verteilung ging. Die Administration Biden in den USA hingegen stellte auf Corona-Kriegswirtschaft um und griff sofort dirigistisch in die Impfstoffproduktion ein.

Unbewältigt ist nach wie vor auch ein grundlegender Denkfehler: Immer wieder wird ein fundamentaler Zielkonflikt zwischen funktionsfähiger Wirtschaft und allgemeiner Gesundheit postuliert. Lockdowns werden verschleppt, Öffnungen zu früh mit dem Argument umgesetzt, anderes sei wirtschaftlich nicht leistbar. Dabei ist aus ökonomischer Sicht klar, dass es diesen Zielkonflikt gar nicht gibt. Ein entschiedener Lockdown mit dem Ziel der raschen Verringerung der Inzidenzen ist auch wirtschaftlich die sinnvollste Strategie in einer Pandemie. Schularick betont, wie vernünftig es ist, in der Covid-Wirtschaftskrise Unternehmen und Arbeitsplätze zu retten. Doch das Schad-

loshalten von EigentümerInnen und AktionärInnen sieht er kritisch, solange es nicht um Kleinunternehmen geht. „Wer Anteile an Unternehmen besitzt, verdient in guten Zeiten Extra-Renditen, die für die Übernahme von Risiken entschädigen.“

Schularick beklagt die Probleme der politischen Entscheidungsfindung, die in in Verwaltungsroutinen begründeter Langsamkeit, dem Einfluss von mächtigen Lobbys und im Föderalismus liegen. Österreich hat hier mit den vielen Versäumnissen etwa im Bundesland Tirol viele treffende Beispiele beizusteuern. Ein besonderes Problem bildet die fehlende Digitalisierung der Verwaltung, sie ließ die Politik im Dunkeln tappen und verzögerte ihre Reaktionsgeschwindigkeit. In den Schulen äußerte sie sich in fehlender Infrastruktur und fehlenden Kenntnissen des Lehrpersonals, die den Einstieg ins Homeoffice unmöglich machten und eine der wichtigsten Determinanten für die äußerst gefährliche Zunahme der Bildungsungleichheit bilden. Das Fehlen von geeigneten Daten und Expertise sowie die nicht ausreichende Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit einer problemorientierten und politiknahen Forschung prangert Schularick in besonderem Maß an. Der Staat ist generell schlecht auf Handeln in unerwarteten Situationen, auf „Reagieren ohne Betriebsanleitung“ eingestellt.

Schularick führt das auch auf die deutsche Spargesinnung zurück: Sparsamkeit galt gerade beim Staat als wichtigste Sekundärtugend des 21. Jahrhunderts. „Schwarze Null“ beim Budgetsaldo und „Schuldenbremse“ sind Symbole dieser regelgebundenen Wirtschaftspolitik, die die deutsche Wirtschaft etwa bei Digitalisierung und öffentlicher Infrastruktur zurückgewor-

fen haben. Dies könnte sich gerade bei der Bewältigung von Klimakrise und Ungleichheitskrise neuerlich rächen, bei der Investitionen in den öffentlichen Verkehr, lebenswerte Städte, das Bildungssystem und den sozialen Zusammenhalt eine entscheidende Rolle spielen. Die ökonomisch vernünftige Gesinnung heißt angesichts dieser Herausforderungen Investieren, gerade auch angesichts des historisch niedrigen Zinsniveaus.

„Wichtiger als der Kulturkampf um das Symbol Schuldenbremse“ ist die Erhöhung der öffentlichen Investitionen und die Modernisierung des Landes. „Pragmatismus und Flexibilität sind bedeutsamer als das ritualisierte Aufsagen ökonomischer Glaubensbekenntnisse.“ Gerade in diesem Bereich zeigt sich aber auch eine bemerkenswerte und erfreuliche Neuorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik. In Berlin und unter dessen Einfluss ebenso in Brüssel wurde im Zuge der Covid-Krise der Investitionsschalter umgelegt, was sich etwa im kollektiv finanzierten EU-Wiederaufbaufonds spiegelt. Das hat entscheidend mit der Einbeziehung der Expertise eines Kreises an exzellenten, an konkreter Problemlösung interessierten Ökonominen und Ökonomen zu tun, den Finanzminister Olaf Scholz um sich geschart hat.

Wie schmerzlich ist im Vergleich dazu die von mangelnder Expertise und fehlenden politischen Fähigkeiten gekennzeichnete Wirtschaftspolitik in Österreich. Österreich war lange Zeit Paradebeispiel für die Einbeziehung politiknaher Wirtschaftsforschung in

die Formulierung pragmatischer Wirtschaftspolitik. Heute versucht sich der Finanzminister ohne wissenschaftliche Basis und Substanz im Aufsagen von Glaubenssätzen der Spargesinnung auf europäischer Ebene. Die EU-Initiativen für Klimainvestitionen oder soziale Mindeststandards werden gebremst, wo es geht. Gleichzeitig wird die eigene Klientel großzügig und intransparent bedient, ja so stark überfördert, dass das heimische Budgetdefizit 2020 gemessen an der Wirtschaftsleistung doppelt so hoch war wie in Deutschland und dennoch die Zahl der armutsgefährdeten Langzeitarbeitslosen um die Hälfte stieg.

Moritz Schularick zeigt angesichts der Erfahrungen in der Covid-Pandemie, dass der Staat ein „Upgrade“ braucht. In einer Risikogesellschaft ist der Staat in seiner Rolle als Risikomanager gefragt, er muss handeln, gerade weil die Unsicherheit groß ist, so die Kernthese des Buches. Dafür sind bessere Daten, bessere Vernetzung mit der Wissenschaft, eine leistungsfähige Verwaltung, mehr Pragmatismus und öffentliche Interventions- und Investitionsbereitschaft notwendig. Es geht nicht um mehr oder weniger Staat, es geht um einen handlungsfähigen und kompetenten Staat, der die neuen Herausforderungen pragmatisch angeht. Um einen Staat, der die richtigen Lehren aus den Versäumnissen in der Covid-Krise zieht und so die kommenden Krisen besser bewältigt, allen voran die Klimakrise und die Ungleichheitskrise. Das gilt wohl gleichermaßen für Österreich.

Markus Marterbauer